

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Ordnungs- und Nachrichten-Dresden.
Verlagsnummer 26241.
Preis für Nachdruck: 20 C.

Bezugs-Gebühr vom 18. bis 30. September 1926 der 169. gewöhnlichen Ausgabe bei 1.50 Mk. pro Quartal, 4.50 Mk. pro Semester, 13.50 Mk. pro Jahr. Einmaliger Preis für den 1. September 3 Wochen ohne Postgebühren, 1.00 Mk. pro Woche.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die erste Zeile 30 mm breite, 1.50 Mk. für 50 Wörter, für auswärts 2.50 Mk. Einmalige Anzeigen ohne Postgebühren 1.25 Mk., außerhalb 2.00 Mk., für 90 mm breite Zeilenweise 1.50 Mk., außerhalb 2.00 Mk. Übersetzungsgebühr 10 Mk. Auswärtige Zuschriften gegen Vorzahlung.

Schriftleitung und Druckerei des Verlegers
Druck u. Verlag von **Johann & Reichardt** in Dresden.
Politzerstraße 106-108 Dresden.

Oefen und Herde
kauft man preiswert im Fachgeschäft
Chr. Garms Inh.: W. Eckardt Gr. Zwingstr. 13
Fernsprecher: 16252 Nähe Postplatz
Kochanlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gas-Herde - Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile.

„BARBERINA“
Prager Straße
Täglich nachmittags und abends
Tanz und Kabarett

Damentaschen, Besuchsaschen, Party-Cases
Adolf Näter
Pragerstr. 26
Erstes Lederwaren Spezialgeschäft.
Neueste Modelle vom einfachsten bis zum elegantesten.

Poincarés Bedingungen für den Ausgleich.

Aufrechterhaltung der Verträge und der Kriegsschuldfrage, vollkommene Entwaffnung! Sorgt über Mitarbeit an der Außenpolitik. — Die Bluffat von Germersheim. — Der Landesverräter Dieh als Polizeispittel Severings.

Ein Schlag gegen Choisy.
Paris, 27. Sept. In der Rede, die Ministerpräsident Poincaré heute nachmittags in Paris vor dem französischen Generalkonvent seines Deputiertenkongresses gehalten hat, ging er zunächst auf die innenpolitische und insbesondere die finanzielle Lage ein. Er führte u. a. aus, daß die Regierung übernommen habe, seit die politische und finanzielle Lage in äußerster Gefahr gewesen. Er hätte sich gern die Mitarbeit von Persönlichkeiten wie Maginot gewünscht, aber angesichts der so frühen Umstände hätte er seine persönlichen Ansichten zurückstellen und ein Kabinett der nationalen Einigung unter Zurückstellung aller persönlichen Interessen bilden müssen. Poincaré ging dann im einzelnen auf die bisher getroffenen inneren Maßnahmen ein, wobei er sagte, daß Schapanitz in einer katastrophalen Lage gewesen, als er die Regierung übernommen habe, zum Teil auch deshalb, weil Deutschland mehrere Jahre keine Reparationszahlungen verzögert habe. Seit dem 10. August sei eine Aenderung in der Lage eingetreten und die Erneuerung der Schapanitz sei gegenwärtig besser als die Zahl der Anträge auf Rückzahlung. Die Regierung habe die gezielte Politik geübt, die

Wiederherstellung einer sicheren Währung
zu suchen. Der Erfolg hänge auch von einer Besserung und dem Ausgleich der internationalen Verpflichtungen Frankreichs ab. Poincaré verwarf sich bei dieser Gelegenheit dagegen, daß Frankreich eine Schuld an der gegenwärtigen schweren wirtschaftlichen und finanziellen Lage habe. Frankreich sei das Opfer einer Situation, die allein eine energiegelbe patriotische Bewusstseins- und nationale Eintracht ändern könnten.
Poincaré kam dann auf die Vollmachten zu sprechen, die der Regierung vom Parlament übertragen worden sind, und auf die damit im Zusammenhang getroffenen Maßnahmen. Sollte die Regierung mit Ihren Verträgen unterliegen, dann wäre zu befürchten, daß keine Reorganisation im Innern und auch im Verwaltungsbereich durchgeführt werden könnte.
Das Ausland schenke heute Frankreich eine nicht immer sehr wohlwollende Aufmerksamkeit, und bloßweilen habe Frankreich die Ansicht hören müssen, daß man von gewisser Seite den Versuch gemacht habe, indiscrete Blicke auf die Ersparnisse im französischen Budget und auf den Charakter der Ausgaben Frankreichs zu werfen. Er habe nicht nötig, zu sagen, daß Frankreich nach einem Kriege, den es nicht provoziert habe, und nach einem Siege, den es teuer bezahlet habe, solche Blicke für eine Verletzung der französischen Würde und der französischen Souveränität betrachten würde.
Poincaré kam im Anschluß daran auf die auswärtigen Aufgaben Frankreichs zu sprechen und sagte, Frankreich habe sich niemals geweigert, zu bezahlen. Es habe sogar bereits bedeutende Summen gezahlt und seine Zahlungen würden noch viel beträchtlicher gewesen sein, wenn Frankreich mit Rücksicht darauf, daß Deutschland lange Zeit seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen wäre, nicht gezwungen gewesen wäre, selbst die Voll seiner Reparationen zu übernehmen. Für die Zukunft sei Frankreich nicht weniger entschlossen als bisher, lokal im Maße seiner Möglichkeiten und in den Grenzen seiner Zahlungsfähigkeit sich seiner Verpflichtungen zu entledigen. Auf das außenpolitische Gebiet und

die Verhandlungen mit Deutschland
übergehend, fuhr Poincaré fort:
Keine Nation hat sich weniger dem Kriege gefügt oder gewillig als Frankreich, und die französische Regierung hat alles menschlich Mögliche getan, um ihn zu verhindern. Keine Nation ist schwerer als mitgenommen worden, als Frankreich. Keine Nation hat nach Unterzeichnung der Friedensverträge sich so intensiv bemüht, diese Verträge innertzuhalten und auf die Beachtung ihrer Bestimmungen durch andere zu achten. Frankreich fordert nur die Sicherheit für seine endgültig wiederhergestellten Kredite und die regelmäßige Zahlung der versprochenen Reparationen. Frankreich hat es niemals abgelehnt, mit Deutschland über Fragen zu sprechen, die beide Länder interessieren können. Frankreich hat gegenüber seinen früheren Gegnern niemals eine Politik der Raublinie oder des Sauses zu betreiben versucht.
Es ist immer bereit, Schritte zur Annäherung zu versuchen, vorausgesetzt, daß diese sich mit den früher abgeschlossenen Verträgen und Frankreichs Allianzen in Übereinstimmung bringen lassen, daß diese nicht dazu führen, die Verantwortlichkeit der kaiserlichen Regierung am Kriege in Zweifel zu ziehen und daß sie fernher durch die vorliegenden und entscheidenden Beweise der materiellen und moralischen Entwaffnung Deutschlands gesichert sind.
Frankreich schulde diesem Ruf der Gerechtigkeit und der Generosität. Aber niemand wird erkannt sein darüber, daß

angesichts der Ungewissheit von morgen Frankreich weder seine kontraktlichen Rechte opfern noch in seiner Nachsicht nachlassen wolle.

Poincaré ist also nur unter drei Bedingungen bereit, die Verhandlungen mit Deutschland fortzuführen: Einmal muß der Versailles Vertrag mit allen den französischen Sonderklausuren aufrechterhalten werden. Sodann darf an der Kriegsschuld der kaiserlichen Regierung nicht gerüttelt werden, und endlich ist die moralische und materielle Entwaffnung Deutschlands sicherzustellen. Das heißt mit anderen Worten, es bleibt dem Westen nach alles beim alten; die Auffassung Dr. Stresemanns, daß unter Eintritt in den Völkerbund gleichbedeutend sei mit anderer moralischer Entlastung von der Kriegsschuldfrage, wird nicht anerkannt. Die alte Melodie, daß der Versailles Vertrag die Bibel Europas, die sakrosankte Unterlage der europäischen Rechtsordnung sei, wird weiter gesungen. Und diese Melodie, die wie ein schriller Mißklang in die Genfer Ereignisse tönt, die Vocarno Friedensliste vollständig verdunkelt, ist vom Pariser Ministerrat einstimmig gegegeben worden!

Was soll man da von Vriend denken? Das ist die große Frage, die sich aufdrängt. Es ist kaum, darauf die Antwort zu geben, daß Vriend verführerisch, ja selbst freundschaftliche Worte nichts seien als machiavellistische Nebenart, hinter denen die Füge des fatalistischen National egoismus lauere. Wenn jedoch Dr. Stresemann sich auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen so nachdrücklich für die Vriend erklärt: „Zurück die Hinten und Kanonen! Vriend für Frieden und Schiedsgericht!“, und die Militärpartei, deren Führer noch immer Poincaré ist. Eine schwere Gefahr droht also immer noch das Werk von Vocarno und Genf, und Deutschland muß wachsam auf Posten stehen.

Poincaré hat sich in St. Germain und noch mehr in Bar-le-Duc wie der Elefant im Porzellanladen gebürdet. Und angesichts dieser Reden des Veters der Pariser Politik, die durch die französische Presse eine bezeichnende Ergänzung finden, ist es schwer, an der Hoffnung festzuhalten, daß schließlich die politische Vernunft doch den Sieg davontragen werde, wie es die dem Reichsaussenminister nahestehende „Tägl. Rundschau“ tut, indem sie schreibt: „Um des großen Werkes willen, das einen friedlichen Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich schaffen soll, ist die Rede Poincarés tief bedauerlich. Aber schließlich wird er sich doch dazu verstehen müssen, die von Vriend begonnene Arbeit gelten zu lassen, und wenn er der Vollendung dieser Arbeit auch Schwierigkeiten in den Weg legen kann, so wird es nicht gelingen, sie illusorisch zu machen. Es liegt in Frankreichs so gut wie im Interesse aller Welt, daß diese Arbeit fruchtbar frage, und darum darf man hoffen, daß diese Früchte reifen werden, wenn auch Herr Poincaré seinem Acolus-Schlauch gelegentlich eifrige Winde einströmen läßt.“

Poincaré hat die Gedanken fast aller Franzosen ausgesprochen!
„Abkommen sind ohne Bedeutung, wenn Wilhelm II. Absolution erteilt wird.“
Paris, 27. Sept. In den Reden Poincarés in St. Germain und Bar-le-Duc schreibt der „Temps“: Poincaré sei so weit gegangen, wie er gehen konnte und wachte, als er in St. Germain erklärte, die Franzosen wollten „nicht alle“ Deutschen für den Angriff von 1914 verantwortlich machen. Deutschland und Frankreich hätten viele Jahrhunderte hindurch Arica miteinander geführt. Sie sollten nunmehr der Welt den unabweisbaren Dienst erweisen, sich über die Vergangenheit auszusprechen und sich in der Zukunft zu verständigen. Das „Journal des Debats“ schreibt, Poincaré habe den Gedanken fast aller Franzosen ausgesprochen, die nicht alle Deutschen ohne Unterschied für den Angriff verantwortlich machen. Ein für allemal müsse man aber wissen, daß der Versuch, die Geschichte zu fälschen, auf ewerigen Widerstand stoßen werde. Hier handelt es sich um ein moralisches Interesse erster Ordnung, denn der Triumph einer derartigen Kampagne würde die Gesetze verwirren. Das sei nicht weniger wichtig in Bezug auf die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland, denn wie wäre es möglich, den Abkommen, die Deutschland unterzeichnet, auch nur die geringste Bedeutung beizulegen, wenn es Wilhelm II. und seiner Regierung Absolution erteile.
Man müsse also auch dankbar dafür sein, daß er das Notwendige ausgesprochen habe. Aber das genüge nicht. Die Staaten die den Mittelmächten gegenübergehalten haben, müßten sich vorbereiten, eine Offensive zurückzuweisen, die in der Kriegsschuldfrage einmal in Genf zugunsten Deutschlands entfacht werden könnte. Man dürfe sich nicht übersehen lassen.

Neugruppierungen in Europa.

Von den Erklärungen des Reichsaussenministers über die Ziele seiner Genfer Politik scheint ganz besonders der Hinweis wesentlich zu sein, daß es bei dem Versuch einer deutsch-französischen Einigung im Sinne von Choisy nicht bleiben solle und könne, daß vielmehr sein Beharren dahingehen, in der Folge auch andere Verhandlungsversuche anzustreben. Zur rechten Zeit erinnert Dr. Stresemann mit diesen Worten selbst daran, daß die mit dem Februar Memorandum 1925 von ihm begonnene politische Offensive nicht einseitig weichen orientiert war, sondern daß als zweites Ziel damals die Wiedererlangung der deutschen Bewegungsfreiheit zur Regelung der Ostfragen — wie Korridor und Oberschlesien — vorangestellt hat. So sehr man es begrützen muß, daß mit den Erklärungen in Genf die Regelung der vordringlichen Ostfragen in Aussicht genommen ist, so drückt wäre es, wenn an die Verschiebung der Verhandlungen gegenüber der Ostfrage, daß damit gleichzeitig die Ostprobleme sich zur Unbeweglichkeit verfestigen haben. Mit dem Vocarno-Verträgen ist zugleich der deutsch-polnische Schiedsvertrag in Kraft getreten, der eine Aenderung der unhaltbaren Grenzverhältnisse im Osten und der Zustimmung des polnischen Nachbarn abhängig macht; zudem haben Polen und seine Freunde in der Kleinen Entente eine Reihe von Eigen im Völkerbundsrat, der Reorganisation des Völkerbundes, erhalten, und sind somit in die Lage versetzt, allen etwaigen deutschen Wünschen in dieser Richtung wirksame Mittel vorzusetzen. Es wäre hoffnungslos Phantasterei, wollte man, wie dies in der Propaganda für den deutschen Völkerbundsbeitrag so übertrieben dargestellt ist, auf Art. 19 der Völkerbundscharta Erwartungen auf eine Aktion im Sinne der deutschen Interessen gründen. Wohl wird hier die Aenderung unanwendbar gewordener Verträge oder friedensbedrohender internationaler Verhältnisse in Aussicht gefasst, aber doch in unveränderlicher Form und ohne praktische Durchführbarkeit während tatsächlicher den entgegengelegte Art. 10 mit seiner Garantie des Bestandes aus dem Versailles Vertrag der Kern- und Anknüpfung der ganzen Völkerbundscharta bleibt. Ein Blick in die polnischen Blätter, die sich mit der eingeleiteten deutsch-französischen Verhandlungsaktion befassen, zeigt, daß man dort auch gar keine Beschränkungen über eine solche Auswirkung der neuen polnischen Lage best. Im Gegenteil, man geht so weit, für die Deutschland in Aussicht gestellte Rheinlandbefreiung gewaltige Kompensationen für Polen zu verlangen! Da nur der Lump scheitern ist, verlangt man in Reichskreisen nichts weniger als deutsche Zugeständnisse in den Zollverhandlungen, einen deutschen Verzicht auf Chorzow und die formale Einverleibung Danzigs in das polnische Staatsgebiet. Wenn demgegenüber auch die im Wilna-Lager stehenden Parteien zurückhaltender sind und teilweise sogar ihrerseits für eine Verständigung und für den Ausgleich mit Deutschland plädieren, so lehnen doch auch diese jede Verdrängung territorialer Fragen ausdrücklich ab. Und wir haben leider auch kein Mittel, um der Pariser Regierung einen solchen Ausgleich schmackhafter zu machen, etwa auf die Art, wie selbst die Pariser Nationalistenkreise für den Gedanken einer vorzeitigen Rheinlandräumung erwärmt werden konnten. Je weniger wir aber unter den augenblicklichen Verhältnissen die Möglichkeit haben, die Lösung der deutschen Ostfragen aktiv vorwärts zu treiben, um so mehr erwacht uns die Pflicht, darüber zu wachen, daß nichts geschieht, was unsere Stellung im Osten in der Zwischenzeit verschlechtern könnte. Die polnische Propaganda ist mit großem Aufwand in Chorzow und in Oberschlesien unermüdet tätig, um auch diese Gebiete reiß zu machen für ihre Zwecke. Wir sind, den Blick statt auf den Westen gewandt, leicht geneigt, diese Gefahr zu übersehen. Indessen sieht der deutsche Osten darin und erfährt in seiner nationalen Widerstandskraft. Das geringste, was wir gegenwärtig tun können, ist deshalb, daß wir die bedrückte Chmar liebes- und verständnisvoll unterstützen in allen ihren Lebensnotwendigkeiten. Wird sie wieder wirtschaftlich stark und lebensfähig gemacht, dann erhält sie auch ihre kulturelle und nationale Überlegenheit. Dann wird der deutsche Osten auch nicht aufhören, seine natürliche Anziehungskraft auf die abgetrennten Gebiete auszuüben, auch wenn Jahre darüber vergehen. Nur damit schaffen wir auch günstige Vorbedingungen für eine spätere Regelung, sei es durch einen Interessenausgleich, sei es bei einer Neuaufrollung der deutsch-polnischen Fragen von anderer Seite — wenn etwa der Sowjet- oder einer anderen russischen Regierung der polnische Wahl im Falle zu schwerhaft werden sollte. Der Möglichkeiten sind ja viele und Vorbereitung ist alles.

Vertical text on the far left edge, likely page numbering and dates.